

Hermann Rademacker

## **Schule vor neuen Herausforderungen. Orientierung für Übergänge in eine sich wandelnde Arbeitswelt**

Erweiterte Fassung eines Beitrags für den Sammelband "Schulische Berufsorientierung", herausgegeben von Jörg Schudy im Klinkhardt Verlag im Jahre 2002.

**Internetversion für [www.schulsozialarbeit.ch](http://www.schulsozialarbeit.ch)**

„Jedem jungen Menschen ist grundsätzlich zuzubilligen, dass er sich über seine Fähigkeiten irrt oder falsche Vorstellungen über den gewählten Beruf hat.“ (Bundesgerichtshof, Aktenzeichen XII ZR 81/99)

### **Zur Begriffsbestimmung**

Berufsorientierung als Bestandteil der Bildung junger Menschen bedeutet die Entwicklung von Bezügen zwischen individuellen Voraussetzungen und objektiv gegebenen Gelegenheitsstrukturen des Ausbildungs- und Beschäftigungssystems.

Bei den Voraussetzungen auf Seiten des jungen Menschen geht es insbesondere um Interessen, Wünsche und Neigungen, um Kompetenzen und Qualifikationen sowie um die schulischen Zertifikate mit den daran geknüpften individuellen Chancen und Berechtigungen für den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung.

Auf Seiten des Ausbildungs- und Beschäftigungssystems geht es zum einen um die quantitativen Relationen zwischen Angebot und Nachfrage im Bereich des marktförmig strukturierten dualen Systems der beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt und in den schulischen und akademischen (beruflichen) Bildungsgängen; zum anderen geht es um die qualifikationsbezogenen Relationen zwischen Angebot und Nachfrage

Ergänzt wird das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem durch Angebote, die das Ergebnis sozialstaatlicher Intervention sind und darauf abzielen, einerseits die Voraussetzungen junger Menschen für den Zugang zu den Regelstrukturen von Ausbildung und Beschäftigung zu verbessern, andererseits Angebotsdefizite des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes zu kompensieren. Die wichtigsten Instrumente dieser sozialstaatlichen Intervention sind das Benachteiligtenprogramm, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und das „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung für Jugendliche“ der Bundesregierung, das ebenfalls von der Bundesanstalt für Arbeit umgesetzt wird. Sie werden ergänzt durch Angebote und Maßnahmen von Ländern und Kommunen.

Als beruflich orientiert gilt ein junger Mensch dann, wenn er für sich persönlich in Frage kommende berufliche Möglichkeiten ebenso wie die Bedingungen zur ihrer Realisierung kennt. Das bedeutet insbesondere, dass er die damit verbundenen Chancen und Anforderungen und die für die Umsetzung gangbaren Wege kennt und diese auf seine persönlichen Voraussetzungen beziehen kann. Er muss die dafür notwendigen Handlungskompetenzen realistisch einschätzen und auf seine individuellen Handlungsmöglichkeiten beziehen können.

Eine entwickelte Berufsorientierung ist zentraler und grundlegender Bestandteil des Lebensentwurfs eines Menschen, weil die ausgeübte Berufstätigkeit wesentlich die materiellen (Einkommen, Arbeitsbedingungen und -orte) und sozialen Voraussetzungen (soziale Anerkennung, beruflicher Status, soziale Aspekte des Arbeitsvollzuges) für die Realisierung eines Lebensentwurfes bestimmt.

Mit den tiefgreifenden Veränderungen und dem beschleunigten Wandel im Beschäftigungssystem ist berufliche Orientierung nicht mehr eine einmalige Herausforderung der Jugendphase, sondern wird zunehmend zu einer die gesamte Erwerbsbiografie begleitenden Herausforderung. Dennoch hat die Berufsorientierung in der Jugendphase nach wie vor eine für das gesamte Erwerbsleben fundamentale Bedeutung, denn sie ist die Planungsgrundlage für den Berufseinstieg und dieser hat nach wie vor für die Mehrzahl der Jugendlichen eine im Hinblick auf die nachfolgende Erwerbsbiografie weichenstellende Qualität.

Für beide Seiten, die durch berufliche Orientierungen aufeinander bezogen werden, also die individuellen Voraussetzungen der jungen Menschen und die objektiven Strukturen des Ausbildungs- und Beschäftigungssystems, gibt es bemerkenswerte regionale Differenzen. Für das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem werden sie in einer ersten Annäherung durch das regionale (Berufs-)Bildungsangebot, die Angebots-Nachfrage-Relation für Ausbildungsplätze sowie durch die regionalen Arbeitslosenquoten beschrieben, für die individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen sind die sozialen Milieus mit den unterschiedlichen Ressourcen sowohl der materiellen Ausstattung als auch des unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kapitals (Bourdieu), in denen sie aufwachsen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

### **Aktuelle Entwicklungen**

Traditionell trägt die allgemeinbildende Schule in Deutschland vor allem durch die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung zur beruflichen Orientierung von Schülerinnen und Schülern bei – und diese Zusammenarbeit ist in der Praxis eine weitgehend arbeitsteilige. Sie ist durch Vereinbarungen auf Bundes- und Landesebene geregelt und wird von beiden Seiten meist als gut und problemlos beschrieben. Das bedeutet aber in der Mehrzahl der Fälle nur, dass der Zugang der Berufsberatung zur Schule problemlos ist, dass ihr dort Zeiten und Räume für ihr Beratungsangebot zur Verfügung stehen und dass ihre Informationsmaterialien auch über die Schulen an die Jugendlichen verteilt werden. Die Fälle, in denen die Berufsorientierung als gemeinsame Aufgabe von Berufsberatung und Schule verstanden und praktiziert wird, zu der auch die Schule mit ihren eigenen Mitteln und Möglichkeiten einen nennenswerten Beitrag leistet, sind bis heute die Ausnahme.

Lange konnte die Schule ihre Zurückhaltung in diesem Bereich mit der Respektierung des Berufsberatungsmonopols der Arbeitsämter legitimieren. Seitdem dies aber mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes 1997 entfiel, gibt es keine rechtlichen Hinderungsgründe mehr für die Schule, sich zu einem kompetenten Partner für Fragen der Berufsorientierung und der Berufswahl für ihre Schülerinnen und Schülern zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der Arbeitsämter könnte für eine diese Aufgabe akzeptierende Schule die Funktion haben, ihre eigenen Kenntnisse des Beschäftigungssystems und seiner Entwicklung sowie der regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmärkte zu entwickeln und damit eine wesentliche Voraussetzung für einen schulischen Beitrag zur Berufsorientierung zu schaffen.

Verbreitet und weithin kennzeichnend für Schule ist jedoch bis heute eine charakteristische Abschottung gegenüber der Arbeitswelt, die sich auch in den Schulbüchern niederschlägt. So

stellen die Autoren der Bremer Schulbuchuntersuchung fest: „Gemessen an der Bedeutung der Gegenstandsbereiche Wirtschaft, Technik und Beruf für die Bewältigung der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen und Heranwachsenden sind damit zusammenhängende Fragestellungen in den untersuchten Schulbüchern unzureichend vertreten“ (BÖNKOST/OBERLIESEN, S.3). Berufe und Berufsfelder sind in den Schulbüchern zwar präsent, wenn auch in recht unterschiedlicher Weise. Aber „Veränderungsprozesse in den beruflichen Tätigkeitsfeldern selbst werden nahezu an keiner Stelle thematisiert, wie auch Aussagen etwa zu veränderten Arbeitsorganisationen nur gelegentlich und dazu ausschließlich in deskriptiver Form erscheinen“ (ebd. S.5). Damit sind genau die Prozesse und Entwicklungen ausgeblendet, die den dramatischen Wandel der Arbeit und damit die sich wandelnden Qualifikationsanforderungen an modernen Arbeitsplätzen verständlich machen und erklären und damit auch wesentliche Beiträge für eine berufliche Orientierung leisten könnten.

Die Tendenzen der Abschottung der Schule gegenüber der Arbeitswelt zeigen sich selbst innerhalb der Debatte um die Arbeitslehre. Die Vertreter der Position, die die Aufteilung der Arbeitslehre auf unterschiedliche Fächer, etwa Haushalt, Technik und Wirtschaft mit dem Argument propagieren, für diese drei Fächer gebe es wie für alle anderen etablierten Schulfächer auch eine Bezugswissenschaft, die für ein integriertes Fach Arbeitslehre nicht zu finden sei (vgl. REUEL, S. 115 ff), betreiben damit zugleich die Akademisierung und Verschulung der Arbeitslehre. Der im Fach Arbeitslehre schlummernde Reformimpuls einer Öffnung der Schule gegenüber der Arbeitswelt wird damit verspielt. Dort, wo diese Öffnung gegenüber der Arbeitswelt dann doch in eher bescheidenem Umfang geschieht, wird sie didaktisch dilettantisch gehandhabt, wie der verbreitete schulische Umgang mit den Betriebspraktika zeigt. Überwiegend trifft dafür die Feststellung OTTO SEMMLERS, des früheren Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit zu, der beklagt, dass „die Betriebspraktika zum Wandertag verkommen“ seien. Das passt zu dem in Schülerbefragungen immer wieder zu Tage geförderten Befund, dass die Praktika zwar als Abwechslung zum schulischen Unterrichtsalltag durchaus geschätzt werden, ein Ertrag für die berufliche Orientierung aber nur selten auszumachen ist.

Dem entspricht auch eine verbreitete konzeptionelle Unklarheit über die Funktion des Praktikums, das von vielen Lehrern insbesondere dann als Erfolg angesehen wird, wenn als Ergebnis eine Ausbildungsplatzzusage für den Jugendlichen vorliegt, ohne dass die Qualität der so getroffenen Berufswahlentscheidung hinterfragt wird. Auch problematische Verhaltensweisen von Betrieben, die sich etwa im Einzelhandel mit Geschenken oder im Baugewerbe mit Taschengeld als Praktikumsbetriebe attraktiv machen und die Praktika zur Vorauswahl für Ausbildungsplatzbewerber zu nutzen versuchen, werden von schulischer Seite nur selten kritisiert oder als bedenklich eingeschätzt. Auch dies begründet Zweifel, dass pädagogische Ziele wie etwa die Entwicklung und Stärkung der Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler, die sinnvollerweise mit dem Betriebspraktikum zu verbinden sind, für die Schule einen ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert haben.

Intensivformen beruflicher Orientierung sind in den vergangenen Jahren insbesondere im Zusammenhang mit der besseren Vorbereitung schwacher Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in Ausbildung entwickelt worden. Zielgruppe sind insbesondere Schülerinnen und Schüler an Förderschulen und an Hauptschulen mit hohen Anteilen sozial benachteiligter Jugendlicher. Hier wurden teils in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe Angebote einer intensivierten Berufsorientierung entwickelt (z.B. im Rahmen der Schulsozialarbeit an Münchener Hauptschulen) oder es wurde im Rahmen einer die Berufsorientierung in den Mittelpunkt stellenden pädagogischen Schulentwicklung eine entschiedene Öffnung der Schule gegenüber der Arbeitswelt mit erweiterten Praktika eingeleitet. Beispiele sind Jahrespraktika in einigen

Kölner Hauptschulen mit einem Praktikumstag pro Woche im 10. Schuljahr; wiederholte dreiwöchige Praktika in Jugendhilfebetrieben in einigen Leipziger Mittelschulen zusätzlich zum üblichen Betriebspraktikum, oder auch Sonderformen des schulischen Angebots für Schüler mit gehäuften Schulversäumnissen und mehreren Schuljahrswiederholungen, die in einer Ahlener Hauptschule etwa die Hälfte ihrer Zeit auf Praktika in Betrieben, die andere Hälfte auf die Vorbereitung zur Externenprüfung zum Hauptschulabschluss verwenden.

Neben diesen schulischen Anstrengungen für eine verbesserte Berufsorientierung insbesondere für schulleistungsschwache Schülerinnen und Schüler gibt es eine immer noch wachsende Zahl von Projekten der Jugendsozialarbeit, die sich an sogenannte Schulverweigerer wenden, also noch schulpflichtige Jugendliche, die so weit der Schule entfremdet sind, dass eine Reintegration in die Regelschule für wenig aussichtsreich gehalten und von den zuständigen Schulen auch in der Regel nicht gewünscht wird. Auch in diesen Projekten ist vorrangiges Ziel die Eingliederung in das Beschäftigungssystem. Dazu gibt es sowohl berufspraktische Arbeit in Werkstätten, oft auch Betriebspraktika und Unterricht für die Verbesserung der Fähigkeiten der Jugendlichen insbesondere im Bereich der elementaren Kulturtechniken. Die Chance dieser Projekte liegt vor allem in der auf die oft problembelastete Lebenssituation dieser Jugendlichen bezogenen Einbeziehung sozialpädagogischer Hilfen, ihr großer Nachteil ist, dass sie eine der ausgrenzendsten Formen der Schulpflichterfüllung sind, die es in Deutschland gibt. Ihre Entwicklung vollzieht sich derzeit in der Grauzone eines oft pädagogisch gleichgültigen und administrativ dilettantischen Umgangs mit Schulversäumnissen, der zu ganz unbürokratischen Formen einer stillschweigenden Ausschulung für eine beunruhigend große Zahl von Jugendlichen führt. Ein nennenswerter Anteil der etwa 9% Abgänger allgemeinbildender Schule, die diese ohne Abschluss verlassen, dürfte der Gruppe der auf solche Weise Ausgeschulten angehören. Eine jüngst bei den Kultusministerien der Länder durchgeführte Befragung ergab, dass in keinem der Länder verlässliche Zahlen zu Schulversäumnissen vorliegen und nur wenige Ministerien sich mit dem Thema soweit befasst haben, dass sie plausibel begründete Schätzungen vornehmen können (vgl. EHMANN/RADEMACKER 2001).

Einen bemerkenswerten Impuls erfährt die schulische Berufsorientierung gegenwärtig durch das Programm „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ des BMBF, an dem sich alle Bundesländer mit unterschiedlichen Projekten beteiligen. Dabei geht es darum, „die Jugendlichen ihren Erfahrungen entsprechend und praxisnah auf die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten sowie in selbständiger Auseinandersetzung an ökonomisches Denken und Handeln heranzuführen“. Ein wesentliches Instrument dafür soll die nachhaltige Öffnung der Schule gegenüber der Arbeitswelt sein, denn „im Mittelpunkt der geförderten Projekte soll die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schulen, Schulverwaltungen, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften stehen“ (Rahmenkonzept des BMBF).

Das Programm wird von der Bundesregierung als „mittelfristig wirkende Maßnahme“ für „die bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen auf den Übergang in die Berufsausbildung“ gesehen und wird als staatlicher Beitrag im Rahmen des angestrebten „Bündnis(ses) für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ verstanden. Es ist damit auch der Versuch des Bundes, trotz seiner begrenzten Zuständigkeiten im Bildungsbereich das öffentliche Bildungswesen für die Bewältigung wesentlicher gesellschaftspolitischer Herausforderungen in die Pflicht zu nehmen.

Für das Programm hat das BMBF einen Lenkungsausschuss aus Vertretern des BMBF und der Länder eingerichtet, dem beratend zusätzlich Vertreter der Wirtschaft, der Gewerk

schaften und der Bundesanstalt für Arbeit sowie der für das Programm eingerichteten wissenschaftlichen Begleitung angehören.

Die von den Bundesländern in das Programm eingebrachten Projekte beschränken sich keineswegs auf die Förderung schulleistungsschwacher benachteiligter Jugendlicher, auch wenn diese in einigen der Projekte im Mittelpunkt stehen. Zu den Zielgruppen der Projekte gehören vielmehr auch Gymnasien. Dementsprechend geht es um Projekte mit vielfältigen Zielsetzungen, wie die Auseinandersetzung mit Entwicklungen im Bereich der IT-Berufe (Bremen), um die Einübung von Teamarbeit und Interdisziplinarität (Bayern), die Förderung unternehmerischer und beruflicher Selbständigkeit (Hamburg); sieben norddeutsche Länder haben einen Verbund zur Entwicklung eines Berufswahlpasses und seiner Nutzung durch Schüler zur Planung und Unterstützung beruflicher Entscheidungsprozesse gebildet, um damit auch die Übergangsphase von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung individueller und flexibler zu gestalten. In anderen Ländern wiederum geht es u.a. um die Entwicklung und Ausgestaltung von Netzwerken zwischen Schulen und außerschulischen Partnern (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt). Etwas aus dem Rahmen fällt der Beitrag Sachsens, der sich auf soziale Berufe und ehrenamtliches Engagement als außerschulische Handlungsfelder konzentriert.

### **Berufliche Orientierung, Sozialisation und Schule**

Berufliche Orientierung ist traditionell kein schulisches Thema. Das schulische Bildungsverständnis ist bis heute auch für die Hauptschule weitgehend an akademischen Bildungsinhalten orientiert. Schule zeigt bis heute gegenüber der Einbeziehung neuer Inhalte aus Entwicklungen des gesellschaftlichen Wandels erheblichen Widerstand. Das galt für die Einbeziehung der Realien (Mathematik, Naturwissenschaften und Technik) als den alten Sprachen gleichwertige Bildungsinhalte gegen Ende des 19. Jahrhunderts ebenso wie für die Bemühungen um die Einbeziehung arbeitsorientierter Bildung 100 Jahre später.

Arbeitswelt- und berufsbezogene Inhalte dringen bis heute zudem bevorzugt über die niederen Formen des Bildungswesens in den Bildungskanon ein. Das galt schon für KERSCHENSTEINERS Konzept der Arbeitsschule, das unübersehbar auf ein ständisch geordnetes Schulwesen in einer ständisch gegliederten Gesellschaft bezogen war. Es gilt in ähnlicher Weise für die Arbeitslehre, die bis heute in vielen Bundesländern nur im Lehrplan des Hauptschulbildungsgangs vorgesehen ist. Neuere Initiativen eines verstärkten Arbeitsweltbezuges schulischer Angebote mit dem Ziel einer Förderung der Berufsorientierung bedeuten oft gar eine Unterschichtung innerhalb des in der Sekundarstufe ohnehin hierarchisch gegliederten deutschen Schulwesens. Das gilt für die Praxisklassen in Bayern und ähnliche Angebotsformen in anderen Bundesländern für schulumüde Schülerinnen und Schüler sowie solche, die kaum Aussicht haben, während der Dauer ihrer Schulpflicht einen Schulabschluss zu erreichen.

Noch ausgrenzender und damit für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskriminierender sind die oben genannten ebenfalls stark berufsorientierend angelegten und Arbeitserfahrung einbeziehenden Angebote der Jugendhilfe für sogenannte Schulverweigerer, die in den vergangenen Jahren insbesondere im Rahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit entstanden sind und für diese schulpflichtigen Jugendlichen ein alternatives Angebot für die Erfüllung der Schulpflicht bieten. Daran gemessen sind schulische Angebote, die ähnlich wie die Praxisklassen für diese benachteiligten Jugendlichen ein stark durch Berufsorientierung geprägtes Angebot in den schulischen Strukturen verwirklichen, entschieden zu befürworten, weil sie diese sozial ausgrenzendste Form der Beschulung vermeiden.

Schwierigkeiten im Hinblick auf die verbesserte Vorbereitung von Schülern für die Bewältigung der Herausforderungen des Berufseinstiegs ergeben sich für die Schule auch aus der Tatsache, dass Schule sich hier mit den Folgen der oft eingeschränkten Ergebnisse ihrer pädagogischen Bemühungen konfrontiert sieht. Wer heute Hauptschüler bei ihren Berufseinstiegsbemühungen wirksam unterstützen will, kann der Erkenntnis nicht ausweichen, dass der Hauptschulabschluss angesichts der damit verbundenen Einschränkungen der Berufswahlmöglichkeiten ein benachteiligender Schulabschluss ist. Noch offensichtlicher zeigen sich derartige Benachteiligungen bei denen, die allenfalls einen schlechten, oft auch gar keinen Schulabschluss zu erwarten haben, also in Haupt- und Gesamtschulen an Standorten mit hohen Anteilen sozial Benachteiligter. Und in diesen Segmenten des Bildungswesens liegt ja – wie die angeführten Beispiele zeigen – in der Tat ein Schwerpunkt aktueller Projekte und Anstrengungen für Beiträge der Schule zur Förderung der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern.

Damit wird angesichts der schulischen Bemühungen um berufliche Orientierung auch die Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Auftrags der Schule zwischen Beiträgen zur Qualifizierung und Sozialisation der nachwachsenden Generation auf der einen Seite und ihrem Beitrag zu deren Allokation (sozialer Platzierung und damit Auslese) auf der anderen Seite besonders deutlich. Im Unterschied zu den anderen Akteuren, die Beiträge zur beruflichen Orientierung junger Menschen leisten, den Familien, der Berufsberatung und der Jugendhilfe ist die Schule gerade bezogen auf die Zielgruppe, die aktuell Adressat schulischer Beiträge zur Berufsorientierung ist, durchaus vorbelastet. Sie hat hier in aller Regel durch Ausleseentscheidungen bis hin zur Nicht-Versetzung oder durch die Verweigerung von Leistungsnachweisen gegen die subjektiven Wünsche und Interessen dieser Kinder und ihrer Familien gehandelt.

Zudem stellt die Schule selbst mit ihren unterschiedlichen Bildungsgängen sehr ungleiche Rahmenbedingungen für die vorberufliche Sozialisation junger Menschen bereit. Während die Mehrheit der Jugendlichen, die nach neun oder zehn Schuljahren mit dem Ende der Pflichtschulzeit oder kurz danach die allgemeinbildende Schule verlässt, im Alter von etwa 16 Jahren mit der Anforderung einer Berufswahlentscheidung konfrontiert ist, dürfen sich diejenigen, die das Gymnasium besuchen und einen Berufseinstieg über akademische Bildungsgänge anstreben, eines ausgedehnten Moratoriums erfreuen. Sie können ohne unter Entscheidungsdruck zu geraten, ihre Berufswahlentscheidung mindestens bis auf das 19. Lebensjahr, oft sogar wesentlich länger, hinausschieben, denn selbst mit der Entscheidung für einen Studiengang treffen sie noch keineswegs eine verbindliche Berufswahl.

Möglicherweise liegt eine der Schwierigkeiten der Schule, berufliche Orientierung wirksam zu unterstützen auch darin, dass Lehrerinnen und Lehrer fast ausschließlich, wenn sie nicht zweite Bildungswege genutzt haben, Biographien mit diesem ausgedehnten Moratorium realisiert haben. Es fehlt ihnen weitgehend die eigene biographische Erfahrung für die Bewältigung der Anforderungen, mit denen ihre Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Pflichtschulzeit konfrontiert sind.

Es gibt also eine Reihe von systematischen und strukturellen Erklärungen und Gründen für die Abstinenz, die Schule hinsichtlich der Berufsorientierung ihrer Schülerinnen und Schüler bis heute weitgehend übt. Wenn nun gerade in der letzten Jahren der Druck auf die Schule erheblich gewachsen ist, sich in dieser Hinsicht zu entwickeln, so hat das zum einen mit den tiefgreifenden Veränderungen der Arbeit zu tun, die sich seit etwa drei Jahrzehnten in einer zunehmend dramatischeren Entwicklung vollziehen, und deren Folgen sowohl das Beschäft

tigungssystem mit veränderten Anforderungen an modernen Arbeitsplätzen betreffen wie auch die sozialen Verhältnisse, in denen junge Menschen heute aufwachsen. Weil diese Veränderungen junge Menschen heute vor für viele neuartige Herausforderungen der beruflichen Orientierung stellen, seien sie im folgenden Abschnitt unter dieser Perspektive knapp charakterisiert.

### **Veränderungen der Arbeit – neue Herausforderungen für den Berufseinstieg**

Eine der offensichtlichsten Folgen der Nutzung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation, waren enorme Produktivitätssteigerungen sowohl im Bereich der industriellen Produktion wie auch im Bereich der Dienstleistungen.

#### *Disparitäten des Arbeitsmarktes und ihre Folgen für den Berufseinstieg*

Zusammen mit den unter dem Begriff der Globalisierung gefassten neuen Möglichkeiten der weltweiten Kommunikation und der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen hat diese Entwicklung auch in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu einer erheblichen Arbeitslosigkeit geführt, die auch die Berufseinstiegsbedingungen für junge Menschen weitgehend geprägt hat. Das marktabhängige duale System der beruflichen Bildung war seit Anfang der 70er Jahre immer wieder durch einen erheblichen Mangel an Ausbildungsplätzen gekennzeichnet, der mit der Vereinigung auch die neuen Bundesländer getroffen hat. Dabei gibt es zwischen alten und neuen Bundesländern wie auch innerhalb der alten und neuen Bundesländer erhebliche regionale Unterschiede.

Damit haben sich nicht nur die objektiven Chancenstrukturen verändert, sondern auch die Qualifikationsanforderungen für einen gelingenden Berufseinstieg auf Seiten der jungen Menschen. Denn Arbeitslosigkeit bedeutet immer, dass diejenigen, die neu auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten, das höchste Risiko der Arbeitslosigkeit tragen. Alle, die vor ihnen auf dem Arbeitsmarkt erschienen sind, hatten vor ihnen die Gelegenheit, die verfügbaren freien Plätze zu besetzen. Deshalb ist in allen Ländern, in denen in einer solchen Arbeitsmarktlage nicht mit sozialstaatlichen Mitteln interveniert wird, die Jugendarbeitslosigkeit höher als die Gesamtarbeitslosigkeit. Das gilt bis heute in den Mittelmeerländern, es galt lange in den USA und Großbritannien, und Frankreich hat diesen Zustand durch ein staatliches Beschäftigungsprogramm für junge Leute erst in der jüngsten Vergangenheit überwunden.

In der Bundesrepublik wurde in der Vergangenheit eine Strategie verfolgt, die von der Annahme getragen war, dass Qualifizierung Arbeitslosigkeit vermeidet. Dafür sprach die Erfahrung, dass unter den Opfern der Arbeitslosigkeit Menschen ohne berufliche Qualifikation weit überproportional vertreten waren. Zudem fand diese Problemdeutung die Unterstützung der Unternehmenseite in der politischen Debatte um die Ausbildungskrise seit Mitte der 70er Jahre, denn hier wies man Forderungen nach verstärkten Ausbildungsaktivitäten der Betriebe vielfach mit dem Argument zurück, dass die nicht versorgten Ausbildungsplatzbewerber für eine Ausbildung nicht hinreichend vorgebildet, also nicht ausbildungsfähig seien.

Aber Qualifizierung war keineswegs nur eine staatliche Strategie zur Bewältigung der Ausbildungskrise. Auch viele Einzelne, Jugendliche und ihre Familien setzten darauf, durch Bildung und Qualifizierung ihre Optionsmöglichkeiten und individuellen Chancen für den Berufseinstieg zu verbessern. Die Folge war eine bemerkenswerte Expansion der Bildungsbeteiligung vor allem auch in beruflichen Bildungsgängen. Damit verbunden war

eine fast allgemeine Verlängerung der Verweildauer im Bildungssystem. Die sozialstaatlichen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit haben dazu beigetragen, dass an dieser Ausweitung der Bildungsbeteiligung auch sozial Benachteiligte teilhaben konnten, allerdings keineswegs immer mit dem Ergebnis, dass sich ihre individuellen Chancen für einen gelingenden Berufseinstieg dadurch wesentlich verbesserten.

Erfolgreich waren diese Angebote und Maßnahmen vor allem dort, wo die Regelstrukturen der beruflichen Bildung und insbesondere auch des Beschäftigungssystems Einstiegsmöglichkeiten für die so beruflich und berufsvorbereitend Gebildeten boten, während überall dort, wo Defizite des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebots die entscheidenden Hindernisse für einen gelingenden Berufseinstieg waren, die Maßnahmen für viele Jugendliche den Charakter von Warteschleifen annahmen.

Die Umsetzung dieser Strategie hat in der Bundesrepublik vor allem bewirkt, dass der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ganz wesentlich entlastet wurde. Dabei wurde auch die Aufenthaltsdauer junger Menschen im Übergangssystem Schule - Beruf und im Bildungssystem allgemein verlängert. Junge Leute wurden immer älter, bevor sie als Arbeitsmarktteilnehmer in Erscheinung traten. So ist seit weit über 10 Jahren über die Hälfte der jungen Menschen, die eine Ausbildung im dualen System aufnehmen, älter als 18 Jahre, obgleich die allgemeinbildende Schulpflicht bereits mit 16 Jahren endet.

Diese Strategie hat auch dazu geführt, und das sind die Effekte, mit denen wir es heute zu tun haben, dass ein wesentlicher Teil der Probleme des Übergangs von der ersten Schwelle des Übergangs von der Schule in Ausbildung auf die zweite Schwelle des Übergangs von Ausbildung in Beschäftigung verlagert wurde. Im Zuge dieser Entwicklung war seit Mitte der 90er Jahre ein deutliches Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit auch in Deutschland zu verzeichnen, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch hier über das Niveau der Gesamtarbeitslosigkeit angestiegen war. Deshalb wurde eine sozialstaatliche Intervention notwendig, die der Förderung der Beschäftigung einen deutlich höheren Stellenwert zuschrieb, was mit dem Sofortprogramm der Bundesregierung dann auch geschah.

Für die Chancen des Einzelnen bedeutet der Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, dass in der Konkurrenz um Ausbildungs- und Arbeitsplätze ein Creaming-Effect dazu führt, dass für geringer Qualifizierte selbst dann, wenn sie durchaus über hinreichende Voraussetzungen für die Bewältigung der jeweiligen Ausbildungs- und Arbeitsplatzanforderungen verfügen, die Chancen auf einen Ausbildungsplatz deutlich sinken. Das führt zu einer allgemeinen, zunächst unspezifischen Erhöhung auch der formalen Qualifikationsanforderungen für den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung. Wer mit guten Schulabschlüssen, besseren Zertifikaten und höherwertigen beruflichen Abschlüssen in die Konkurrenz geht, hat bessere Chancen vor allem in den ersten Stufen der betrieblichen Auswahlverfahren. Denn die Vorauswahl für die Einladung zu den unterschiedlichen betrieblichen Auswahlverfahren wie Tests, Bewerbungsgespräche oder auch Assessment Center erfolgt in aller Regel auf der Grundlage der schriftlichen Bewerbungsunterlagen.

Auf dieser Ebene wirken sich die regional unterschiedlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktverhältnisse sehr deutlich aus. So zeigte sich in der regional vergleichenden Untersuchung des DJI zu Übergangsverläufen in Duisburg und München (RAAB), dass in München Jugendliche auch ohne Schulabschluss durchaus Ausbildungsplätze fanden, während in Duisburg Jugendliche mit dem einfachen Hauptschulabschluss nach Klasse 10, obgleich sie in der Regel ein Jahr älter waren, berufsvorbereitende Maßnahmen nutzen mussten, um sich Zugänge zu erschließen (vgl. RAAB/RADEMACKER). Ähnliche Unterschiede zeigen sich mit



den entsprechenden marktabhängigen Differenzierungen zwischen alten und neuen Bundesländern.

Aber auch in wirtschaftlich prosperierenden Regionen wie in München gibt es Jugendliche, die schließlich ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben. Sie haben entweder trotz eines vergleichsweise reichhaltigen Angebots keinen Ausbildungsplatz gefunden oder ihre Ausbildung abgebrochen. Dieser Sachverhalt deutet darauf hin, dass es auch in Deutschland das Phänomen einer Qualifizierungslücke gibt, die neben dem gegebenen Mangel an Arbeitsplätzen einen Beitrag zur Arbeitslosigkeit leistet. Deshalb machen Anstrengungen für die Qualifizierung Jugendlicher durchaus Sinn, weil es neben der Verbesserung der Angebotsseite im Beschäftigungssystem auch darum gehen muss, Jugendliche so zu qualifizieren, dass sie den veränderten und insgesamt höheren Ansprüchen an vorhandenen Arbeitsplätzen entsprechen können.

#### *Veränderte Arbeitsplätze und ihre Folgen für den Berufseinstieg*

Tiefgreifender und für die Vermittlung realistischer Vorstellungen über die Qualifikationsanforderungen an modernen Arbeitsplätzen bedeutsamer sind die Veränderungen, die sich aus der fortschreitenden Nutzung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation ergeben. Sie haben allgemein zu einer sich schon aus der arbeitsplatzspezifischen Nutzung von Informationstechniken ergebenden Veränderung und Erhöhung von Qualifikationsanforderungen geführt, die dabei in aller Regel auch komplexer geworden sind. Im Zusammenhang mit der Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation haben sich auch allgemeine, weitgehend nicht arbeitsplatzspezifische Qualifikationsanforderungen entwickelt, die oft als neue Schlüsselqualifikationen bezeichnet werden. Damit sind insbesondere soziale Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit, Konflikt- und Teamfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft, aber auch Lernfähigkeit und Flexibilität gemeint. Im Zuge dieser Entwicklung haben auch die grundlegenden Kulturtechniken, die als Ausbildungsvoraussetzungen allgemein erwartet werden, an Bedeutung gewonnen. Sie werden ergänzt durch so etwas wie eine „Computer Literacy“, die zunehmend vorausgesetzt wird. Die Beherrschung dieser Kulturtechniken auf einem deutlich über dem des Elementaren liegenden Niveau ist an einer zunehmenden Zahl von Arbeitsplätzen selbstverständlich geworden.

Hinter diesen Entwicklungen verbirgt sich der Abschied von der die industriegesellschaftlichen Verhältnisse bestimmenden fordistischen Produktionsweise, in der Massenproduktion noch mit der Massenbeschäftigung zu erheblichen Teilen gering qualifizierter Arbeitskräfte einher ging. Neben oft nicht sehr anspruchsvoller beruflicher Qualifikation mussten die Beschäftigten hier vor allem die klassischen Sekundärtugenden (etwa Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Fleiß) einbringen und bereit sein, erhebliche Belastungen in Form von körperlicher Anstrengung, Umwelteinflüssen (etwa Hitze, Lärm, Staub und Schmutz) oder Monotonie der Arbeitsabläufe zu ertragen.

Selbst Jugendliche ohne Schulabschluss konnten problemlos als Hilfsarbeiter und über Anlern Tätigkeiten in ein weitgehend durch solche Verhältnisse geprägtes Beschäftigungssystem bis weit in die 60er Jahre hinein integriert werden. So konnte noch in den 60er Jahren ein männlicher Duisburger Jugendlicher, der die Schulpflicht erfüllt hatte, ohne das Ende der allgemeinbildenden Schule zu erreichen, ohne weiteres zu Krupp oder Thyssen gehen und eine Beschäftigung aufnehmen. Er wurde dann etwa als Bote beschäftigt, bis er mit 18 oder 19 Jahre soweit körperlich herangereift war, dass er ebenso wie seine ausgebildeten Alterskollegen am Hochofen eingesetzt werden konnte. Seine Karriere im Stahlwerk führte zu denselben Löhnen und Einkommen, wie die der Ausgebildeten. Das einzige, was ihm in der Regel verschlossen blieb, war der Aufstieg zum Industriemeister. Die war den Ausgebildeten

vorbehalten. Aber ansonsten hatte er keine Benachteiligung zu fürchten. Er verdiente Geld, er konnte eine Familie gründen und er konnte leben wie alle anderen in den sozialen Milieus, die durch die zugleich massenbeschäftigende und massenproduzierende Industrie geprägt waren.

Das Ende dieser Produktionsverhältnisse bedeutet, dass es in Deutschland direkte Übergänge von der Schule in Erwerbsarbeit praktisch nicht mehr gibt. Auch junge Menschen, die schließlich ohne Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bleiben, verwenden einige Zeit zwischen dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule und dem Eintritt in Erwerbsarbeit entweder auf eine Ausbildung, die sie nicht abschließen, auf berufsvorbereitende Lehrgänge oder sie absolvieren zumindest das Berufsvorbereitungsjahr oder andere vollzeitschulische Angebote des beruflichen Schulwesens.

Allgemeine Fähigkeiten und Kompetenzen und persönlichkeitsbezogene Merkmale sind im Zuge dieser Entwicklung für den Berufseinstieg und für den Zugang zu Ausbildung und Arbeit wichtiger geworden. Die moderne Arbeitswelt braucht zunehmend den eigenverantwortlich und selbständig handlungsfähigen Erwachsenen. Neben den in den Strukturen von Bildung und Ausbildung liegenden Ursachen (insbesondere Verlängerung der Schulpflicht, Ausweitung der Beteiligung in weiterführenden Bildungsgängen, Ausbau vollzeitschulischer beruflicher Bildungsangebote), dem veränderten Bildungsverhalten und den gewachsenen Hürden für den Berufseinstieg dürfte hier eine weitere Erklärung dafür liegen, dass junge Menschen immer älter werden, bevor sie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Das Durchschnittsalter der Auszubildenden in Westdeutschland ist in nur zwei Jahrzehnten zwischen 1970 und 1990 um mehr als zwei Jahre von 16,6 auf 19 Jahre angestiegen und stagniert seitdem vor allem deshalb, weil die Jugendlichen in Ausbildung in den neuen Ländern nach wie vor jünger sind als die in den alten Ländern (Berufsbildungsbericht 2001, S. 76). Dem entspricht, dass sich auch die pädagogische Qualität der Ausbildungsbetriebe verändert hat. Gerade in den großen Ausbildungsbetrieben hat Ausbilderprofessionalität die fürsorglich patriarchalischen Lehrverhältnisse früherer Jahrzehnte weitgehend abgelöst.

Im Zuge dieser Entwicklung haben auch die Lernziele der allgemeinbildenden Schule an Bedeutung gewonnen. Allgemeine Bildung hat nicht mehr nur als Zertifikat in der Konkurrenz um den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung Bedeutung, sondern ist mit den ihr entsprechenden Kompetenzen und Fähigkeiten bezogen auf die Anforderungen an modernen Arbeitsplätzen wichtiger geworden.

Eine Schule, die einen Beitrag zur Berufsorientierung als ihren Auftrag sieht, hat deshalb allen Anlass, die Arbeitswelt und ihre Entwicklung ernst zu nehmen. Bildung ist nicht mehr nur für das Bildungsbürgertum, also diejenigen Gruppen der Gesellschaft, die ihren beruflichen und gesellschaftlichen Status vor allem durch Bildung legitimieren, (und, wie die bildungssoziologischen Untersuchungen der vergangenen vier Jahrzehnte immer wieder belegen, es verstanden, das Bildungswesen zur „Vererbung“ ihrer relativen sozialen Privilegierung über die Generationen hinweg zu nutzen) von Bedeutung, sondern ist auch für die Nachfolgenerationen der früheren Industriearbeiterschaft, deren soziale Integration traditionell vor allem durch Arbeit gesichert wurde, zur notwendigen Voraussetzung einer gelingenden Erwerbskarriere geworden.

#### *Frauen und Männer im Beschäftigungssystem*

Die Veränderungen im Beschäftigungssystem haben nicht nur dazu geführt, dass Bildung und berufliche Qualifikation für den Zugang zu Beschäftigung an Bedeutung gewonnen haben, sie haben auch zu Verschiebungen in den Arbeitsmarktchancen von Männern und Frauen geführt.

Die Arbeitsplatzverluste betreffen nämlich insbesondere das verarbeitende Gewerbe, in dem überwiegend Männer tätig sind, während Arbeitsplatzgewinne vor allem im Dienstleistungssektor zu verzeichnen waren. (vgl. REINBERG/RAUCH, S. 6/7), in dem Frauen traditionell stärker vertreten sind. Verstärkt wird die relative Verbesserung der Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich durch die Verschiebung von Vollzeit- zu Teilzeitarbeitsplätzen, denn auch an solchen Arbeitsplätzen sind Frauen nach wie vor wesentlich stärker vertreten als Männer.

Seit Mitte der 90 Jahre zeigen sich solche Entwicklungen auch in den neuen Bundesländern, wo nach der Wende vor allem Frauen die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt waren. Mit dem weiteren Sinken des Anteils produktionsorientierter Tätigkeiten zugunsten von Dienstleistungen hat sich auch hier eine Wende eingestellt, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Frauen ihren – wenn auch vergleichsweise niedrigen – Beschäftigungsstand halten konnten während die Arbeitsplatzverluste der Männer sich fortsetzten (vgl. ENGELBRECH/JUNGKUNST). Auch wenn damit die Benachteiligung von Frauen im ostdeutschen Beschäftigungssystem voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht überwunden wird – dies unter anderem deshalb nicht, weil ein hoher Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen durchaus eine Vollzeitbeschäftigung wünscht – so zeigen sich in diesen Entwicklungen doch wesentliche, auch für die berufliche Orientierung bedeutsame Veränderungen in den Chancenstrukturen des Beschäftigungssystems.

Diese Entwicklungen zeigen, dass es für die Überwindung nach wie vor bestehender Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt außerordentlich wichtig ist, die Veränderungen der Arbeit genau zu beobachten und in die berufliche Orientierung einzubeziehen. Die Strategie, Frauen für Männerberufe zu gewinnen, war schon immer problematisch, weil ein wirksamer Einfluss auf das Verhalten der Arbeitgeberseite des Arbeitsmarktes kaum in ausreichendem Umfang gelang; sie wird angesichts dieser Entwicklungen umso problematischer, weil jedenfalls dann, wenn es um die traditionell sehr wirksam über Tarifverträge abgesicherten und deshalb attraktiven Beschäftigungen im verarbeitenden Gewerbe handelt, denn genau hier ist der Arbeitsplatzabbau am stärksten. Wichtiger ist demgegenüber die Vermittlung von Arbeitswelterfahrungen insbesondere auch in solchen Tätigkeitsfeldern, in denen sich neue berufliche Möglichkeiten für junge Männer und Frauen erschließen und dabei darauf zu achten, dass hier die alten geschlechtsspezifischen Benachteiligungen nicht reproduziert werden.

Die unterschiedlichen Chancen von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben auch eine subjektive Seite, die mit Interessen und Neigungen zu tun hat, an deren unterschiedlicher Ausprägung bei Jungen und Mädchen Schule wesentlich beteiligt ist. Die Untersuchungen zur Koedukation haben gezeigt, dass offensichtlich die üblichen sozialen Rahmenbedingungen von Schule wesentlich dazu beitragen, dass Mädchen gerade in Fächern wie Informatik und Naturwissenschaften ihre Interessen und Möglichkeiten nur eingeschränkt entfalten. Damit ist angelegt, dass sie chancenreiche Berufsfelder mit deutlichen Bezügen zu den hier relevanten Kompetenzen und Fähigkeiten kaum in den Blick nehmen und, wenn sie sich dennoch um entsprechende Zugänge bemühen, in der Konkurrenz mit Männern unterliegen.

#### *Die neue Marktförmigkeit der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern*

Die Veränderungen der Arbeitswelt betreffen aber auch den Arbeitsmarkt und die dort bestehenden Relationen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese Beziehungen sind in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend marktförmiger geworden. Das bedeutet, dass beide Seiten häufiger auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten und der Arbeitsmarkt für die Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an Bedeutung gewonnen hat.

Der Anteil prekärer Beschäftigung hat als Folge des Wandels im Beschäftigungssystem, zu dem neben den genannten technologischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen auch eine bemerkenswerte Deregulierung der Arbeitsverhältnisse gehört, erheblich zugenommen. Nur noch etwa 50% der Beschäftigten sind relativ dauerhaft in Betrieben beschäftigt. Die andere Hälfte hat es mit befristeten oder kurzfristigen Arbeitsverhältnissen oft mit erheblicher Unkalkulierbarkeit sowohl hinsichtlich der Arbeitszeiten als auch hinsichtlich der Arbeitseinkommen zu tun. Diese nicht auf lange Dauer angelegten Arbeitsverhältnisse führen dazu, dass die davon betroffenen Menschen sich immer wieder auf den Arbeitsmarkt begeben müssen, um sich neu zu verdingen.

Diese Menschen kommen zunehmend in die Situation, dass sie im Hinblick auf ihre Erwerbsarbeit Risiken tragen, wie sie traditionell die Unternehmertätigkeit kennzeichneten. . VOSS und PONGRATZ haben diese Entwicklung mit dem Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ gekennzeichnet, der, so ihre These den industriellen Facharbeiter früherer Jahrzehnte als die moderne Form der Ware Arbeitskraft abgelöst hat. Dieser „Arbeitskraftunternehmer“ muss seine ihre Arbeitskraft in ganz ähnlicher Weise vermarkten, wie der Unternehmer seine Produkte oder seine Dienstleistungen.

Von den Problemen und Herausforderungen, die in einer solchen Entwicklung liegen, sei hier nur eines angesprochen: Es sind keineswegs nur die sehr gut bezahlten, risikofreudigen, hochqualifizierten und umworbenen Fachkräfte der New Economy, sondern in jedem Fall auch die Schwächeren, die diesen neuen Herausforderungen ausgesetzt sind und sie bewältigen müssen. Gerade für sie bedeutet diese Entwicklung der Individualisierung vor allem eine Individualisierung von Risiken und Unsicherheiten des Arbeitsmarktgeschehens. Welche Herausforderungen sich damit für die Gesellschaft und den Sozialstaat stellen, sei hier nicht diskutiert. Aber auch aus diesen, das Arbeitsmarktgeschehen betreffenden Veränderungen des Beschäftigungssystems ergeben sich neue Anforderungen an die Qualität von allgemeiner und beruflicher Bildung für alle. Der „Arbeitskraftunternehmer“ muss für die Bewältigung derartiger neuer Herausforderungen seine Kompetenzen und Fähigkeiten ebenso kennen, wie seine Interessen, er muss in der Lage sein, seine eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten bedarfsgerecht weiter zu entwickeln und sich damit auf das jeweilige Angebot an ausbildungs- und Arbeitsplätzen beziehen. Werden diese Anforderungen ernst genommen, dann bedeutet das für Schule nicht zuletzt auch, dass Eigenverantwortlichkeit und Eigenständigkeit als Bildungs- und Erziehungsziele in ganz anderer Weise in unserem Schulwesen ernst genommen werden müssen, als es bisher der Fall ist. Dafür müssen auch schulische Lernformen einer radikalen Überprüfung unterzogen werden.

#### *Der Wandel der Familie und die Erosion traditioneller Milieus*

Eine weitere Folge der Veränderungen der Arbeit betrifft die sozialen Verhältnisse, die Familien und die sozialen Milieus, in denen junge Menschen aufwachsen. Für unseren Zusammenhang sei nur einer der vielen Aspekte dieses Wandels herausgegriffen und gefragt, was der Wandel dieser die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen prägenden sozialen Strukturen für die berufliche Orientierung von Jugendlichen bedeutet. Dafür ist zunächst einmal festzustellen, dass diese Lebensverhältnisse, die Sozialisationsbedingungen, die sie darstellen und die Sozialisationsleistungen, die hier erbracht werden, traditionell den wesentlichen Beitrag zur beruflichen Orientierung von Kindern und Jugendlichen erbracht haben. Hier vor allem sind die unterschiedlichen kulturellen und sozialen Kapitalien verfügbar und wirksam, die nach Bourdieu einen wesentlichen Erklärungswert für das Phänomen der Reproduktion sozialer Ungleichheit über die Generation hinweg haben.

Hier werden Bildungsaspiration und -motivation entwickelt, hier werden Werthaltungen und Muster der Lebensführung angeeignet und modifiziert und es werden hier Lebensentwürfe und die sie tragenden, oft auch strukturierenden beruflichen Orientierungen ausgebildet. Dabei gab es vor allem in den industriegesellschaftlichen Verhältnissen mit ihrer ausgeprägten Klassenstruktur immer deutliche Unterschiede zwischen bürgerlichen sozialen Gruppen und den durch Industriearbeit geprägten sozialen Gruppen:

- Während bürgerliche Verhältnisse immer schon durch die Herausforderung eines individuellen Lebensentwurfs und seiner Realisierung auf der Grundlage von Bildung gekennzeichnet waren – und in diesem Sinne sind diese Gruppen dann auch als Bildungsbürgertum zu kennzeichnen – waren die sozialen Verhältnisse der Industriearbeiterschaft sehr viel stärker durch kollektive Lebensformen geprägt.
- Diesem Unterschied entsprachen unterschiedliche, ganz wesentlich auch durch das öffentliche Schulwesen strukturierte Biografiekonzepte. Während das Biografiekonzept der Industriearbeiterschaft den direkten Übergang von der Pflichtschule in Arbeit vorsah, ein Übergang, der seit der Einführung des dualen Systems Ende des 19. Jahrhunderts für zunehmende Anteile der Arbeiterjugendlichen auch in der Industrie durch eine Lehrlingsausbildung abgedeckt wurde, war das bürgerliche Biografiekonzept immer schon ein ausgedehntes Moratorium über die Bildungsgänge des Gymnasiums und der Hochschulen gekennzeichnet, die den Individualisierungsanspruch durch eine ausgedehnte Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung einzulösen ermöglichten.
- Diesen Unterschieden entsprechen unterschiedliche Werthaltungen insbesondere im Hinblick auf Bildung. Während für das Bildungsbürgertum Bildung die wesentliche Legitimationsgrundlage für den angestrebten gesellschaftlichen und beruflichen Status darstellt, sind Bildungsanstrengungen genau wegen dieser Bedeutung in der Arbeiterklasse ambivalent bewertet worden. Bildung war einerseits durchaus als Mittel zur Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit der eigenen Klasse geschätzt – Wissen ist Macht – sie war andererseits für den Einzelnen auch das Mittel zur Emanzipation aus der Klasse, in die er hineingeboren war. Solidarität als der vor allem die politische Kultur der Industriearbeiterschaft prägende Wert und Bildung mit ihrem Individualisierungsanspruch standen also in einem Spannungsverhältnis zueinander.
- Schließlich war Bildung für die einen notwendige Grundlage ihrer sozialen Integration und Anerkennung, für die anderen weitgehend entbehrlich, denn die industriellen Produktionsverhältnisse hielten eine große Zahl von Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen bereit. Die Grundlage der sozialen Anerkennung war hier die Arbeit, die, jedenfalls gegen Ende der industriegesellschaftlichen Verhältnisse etwa in den 60er Jahren, mit einer durchaus anständigen Entlohnung verbunden war.

Die sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft lieferten nicht nur sehr weitgehend die Muster für die berufliche Orientierung, sondern auch die Modelle des Lebensentwurfs für junge Menschen mit ihren deutlichen geschlechtsspezifischen Differenzierungen. Während für die Männer die Erwerbsarbeit den sinnstiftenden Mittelpunkt dieses Lebensentwurfs ausmachte, war es für die Frauen vor allem die Sicherung der Versorgung für die Familie, die sich insbesondere dem Zeitregime der männlichen Erwerbsarbeit mit dem sie vielfach kennzeichnenden Schichtbetrieb anzupassen hatte. Weibliche Erwerbsarbeit war hier ganz überwiegend gering qualifizierte Vollzeitbeschäftigung vor der Eheschließung und danach allenfalls Teilzeitarbeit als Nebentätigkeit neben der familienbezogenen Hausarbeit.

Mit dem Ende der industriegesellschaftlichen Produktionsverhältnisse sind auch die sozialen Milieus, die sie hervorgebracht hatten weitgehend erodiert. Die kollektiven Lebensformen

erweisen sich zunehmend als nicht mehr tragfähig. Die Nachfolgenerationen der früheren Industriearbeiterschaft sind heute ebenso wie ihre in bildungsbürgerlich geprägten Verhältnissen aufwachsenden Altersgenossen gefordert, einen individuellen Entwurf für ihre soziale Integration in die Gesellschaft zu realisieren. Auch für sie ist Bildung als Voraussetzung ihrer gesellschaftlichen Integration unverzichtbar geworden. Die Tatsache, dass der mittlere Bildungsabschluss sich zur Standardvoraussetzung für den Zugang zur großen Mehrheit der Ausbildungsberufe entwickelt hat, ist nur eines der Indizien für diesen Wandel. Die genannten Anforderungen an modernen Arbeitsplätzen mit ihren wachsenden Anteil an allgemeinen, weitgehend arbeitsplatzunspezifischen Kompetenzen und Fähigkeiten, sind ein gewichtiger Hinweis darauf. Die sich ausprägende neue Rolle des Arbeitskraftunternehmers, der die Marktgängigkeit seiner Arbeitskraft nur durch die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen sichern kann, ist vielleicht der deutlichste Hinweis auf diese Veränderung.

Der Arbeitskraftunternehmer mit seiner wesentlich durch neue und ausgeweitete Risiken gekennzeichneten Rolle weist damit zugleich auf ein ebenfalls neues Phänomen hin, nämlich das des „Qualifikationsparadox“. Das bedeutet, dass Bildung als notwendige Voraussetzung für angestrebte berufliche und soziale Positionen immer wichtiger wird, aber diesen Zugang immer weniger garantiert. Gerade der zweite Teil dieser Paradoxie ist in der öffentlichen Debatte immer wieder als Argument für einen Bedeutungsverlust von Bildung und Qualifikation ins Feld geführt worden. Dem aber stehen eindeutig die Erkenntnisse der Arbeitsmarktforschung entgegen, die eindeutig ein sinkendes Risiko der Arbeitslosigkeitsbetroffenheit mit steigender Qualifikation belegen (vgl. REINBERG/RAUCH 1998).

### **Bilanz**

Die Veränderungen der Arbeit bedeuten, dass allgemeine Bildung möglichst über den Hauptschulabschluss hinaus und berufliche Qualifikation mindestens auf dem Niveau eines anerkannten Ausbildungsberufes heute für alle dringend wünschenswert wenn nicht notwendige Voraussetzungen für einen gelingenden Berufseinstieg und eine erfolgversprechende Erwerbskarriere sind. Dies gilt sowohl für die daran geknüpften Zertifikate, die für den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung wichtiger geworden sind, als auch für die damit vermittelten Kompetenzen und Fähigkeiten, die an immer mehr Arbeitsplätzen gefordert werden.

Schulische Berufsorientierung muss diesen Zusammenhang ernst nehmen. Sie darf deshalb nicht als freiwillige Zusatzleistung der Schule in Krisenzeiten des Beschäftigungssystems verstanden werden. Sie ist vor allem sinnvoll als integraler Bestandteil schulischer Bildung, die die Arbeitswelt, ihren Wandel und ihre Anforderungen, als einen Bildungsgegenstand anerkennt und sich zum Ziel setzt, junge Menschen so zu befähigen, dass sie sich in diesen Verhältnissen orientieren können und in der Lage sind, in der Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Bedingungen dieser Arbeitswelt eine Wünsche und Interessen angemessen zur Geltung zu bringen.

### **Literatur**

BÖNKOST, KLAUS JÜRGEN/OBERLIESEN, ROLF (1997): Arbeit, Wirtschaft und Technik in Schulbüchern der Sekundarstufe I, Bonn

BOURDIEU, PIERRE (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: KRECKEL, REINHARD (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen, S. 183-198

EHMANN, CHRISTOPH/RADEMACKER, HERMANN (2001): Schulschwänzen und soziale Ausgrenzung (unveröffentlichtes Manuskript)

ENGELBRECH, GERHARD/JUNGKUNST, MARIA (2000): Auch im Osten werden Frauen im Strukturwandel gewinnen, IAB-Kurzbericht 11/28.8.2000

RAAB, ERICH (1996): Jugend sucht Arbeit, München

RAAB, ERICH (1999): München – Die Entdeckung von Übergangsproblemen unter Bedingungen relativer wirtschaftlicher Prosperität, in: Rademacker

RADEMACKER, HERMANN (1999): Duisburg – Handeln unter dem Druck der ökonomischen Krise, in Rademacker

RADEMACKER, HERMANN (Hrsg.) (1999): Hilfen zur beruflichen Integration, München

REINBERG, ALEXANDER/RAUCH, ANGELA (1998): Bildung und Arbeitsmarkt: der Trend zur höheren Qualifikation ist ungebrochen. IAB Werkstattbericht Nr. 15

REUEL, GÜNTER (1998): Arbeitlehre. Eine Integrationsidee ohne Integrationswillige, Berlin

### **Literaturhinweise:**

BAETHGE; MARTIN/WILKENS, INGRID (Hrsg.) (2001): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen

BERGER, PETER A./KONIETZKA, DIRK (Hrsg.) (2001): Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten, Opladen,

HEINZ, WALTER. R. u.a. (1987): "Hauptsache eine Lehrstelle" Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarkts

KURTZ, THOMAS (Hrsg.) (2001): Aspekte des Berufs in der Moderne, Opladen

STEINMANN, SUSANNE (2000): Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktchancen in Deutschland. Eine Studie zum Wandel der Übergänge von der Schule in das Erwerbsleben. Opladen

Hermann Rademacker war bis Februar 2001 für das Deutsche Jugendinstitut in München tätig. Hauptarbeitsfelder waren die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule sowie Übergänge von der Schule in den Beruf. Heute ist er im Ruhestand und ehrenamtlicher

Vorsitzender des Vereins Sächsische Arbeitsstelle für Schule und Jugendhilfe e.V. in  
Dresden.